

V-07 Gemeinsam statt allein. Internationale Zusammenarbeit stärken. Die internationale Zusammenarbeit ist weltweit in der Krise

Gremium: BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum: 28.09.2026
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

- 1 Mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 und dem Klimaabkommen
2 von Paris hat die internationale Staatengemeinschaft 2015 einen Aufbruch gewagt.
3 Ein zentrales Anliegen der Agenda 2030 ist ihre Universalität. Die
4 Weltgemeinschaft hat sich darauf verständigt, globale Herausforderungen
5 gemeinsam anzugehen und eine gerechtere, nachhaltige Zukunft zu gestalten, in
6 der Frieden, Klimaschutz und Entwicklung eng miteinander verzahnt sind. Die
7 Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine
8 sowie der jüngsten Kriege und Konflikte, insbesondere des Iran-Krieges, haben
9 Armut und Hunger in vielen Ländern des Globalen Südens jedoch wieder deutlich
10 verstärkt. Auch bei uns werden Lebensgrundlagen bedroht, nicht zuletzt durch die
11 immer mehr sichtbar werdenden Folgen der sich verschärfenden globalen Klima- und
12 Umweltkrise.
- 13 In dieser Situation bräuchte es eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit
14 (IZ) im Allgemeinen, und damit auch der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im
15 Konkreten. Denn jeder Euro, den wir heute in die Entwicklungszusammenarbeit
16 investieren, erspart uns morgen ein Vielfaches an Nothilfe – sie ist eine
17 Investition in Frieden, Stabilität und eine lebenswerte Zukunft weltweit.
18 Stattdessen ist sie in den letzten Jahren weltweit drastisch geschwächt worden.
19 Die Zerschlagung von USAID im Frühjahr 2025 könnte, einer im Fachmagazin The
20 Lancet veröffentlichten Untersuchung zufolge, bis 2030 zu mehr als 14 Mio.
21 zusätzlichen Todesfällen führen. Zahlreiche Staaten – neben den USA auch
22 Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Japan – kürzen ihre Mittel für
23 Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA). Die Krise der
24 IZ und des Multilateralismus wird begleitet von einer Desinformations- und
25 Verhetzungskampagne gegen die EZ, die zu ihrem Reputationsverlust geführt hat.
26 Ursache dieser Entwicklung ist u. a. auch ein politischer Rollback, der auf ein
27 enges Sicherheitsverständnis und kurzfristig gedachte nationale Interessen setzt
28 – und damit einen Widerspruch zu gemeinsamen Interessen in einer von Krisen und
29 Kriegen geprägten Welt konstruiert.
- 30 Diese Entwicklungen sind auch in Deutschland zu beobachten. Die Mittel für
31 Entwicklungszusammenarbeit (ODA) wurden seit 2024 deutlich gekürzt, die ODA-
32 Quote
33 (ODA-Anteil am Bruttonationaleinkommen) fiel von 0,82 % 2023 auf 0,52 % 2026,
34 was gegenüber dem Niveau von 2022 einen Rückgang um 40 % bedeutet. Dies steht im
35 deutlichen Widerspruch zu allen bisherigen Zusagen der Bundesregierung – zuletzt
36 bei der 4. UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung 2025 in Sevilla –
37 mindestens 0,7 % bereitzustellen. In einer Zeit, in der der Bundesregierung –
38 nicht zuletzt durch das Sondervermögen – mehr Geld denn je zur Verfügung steht,
39 sind die gebrochene 0,7-Prozent-Zusage der zugesagten ODA-Quote sowie die

40 überproportional starken Kürzungen im BMZ-Etat keine Frage fehlender Mittel,
41 sondern eine bewusste politische Entscheidung.

42 Gleichzeitig gab es im Kontext der Koalitionsverhandlungen mit der SPD den
43 Vorschlag der CDU/CSU, das BMZ abzuschaffen, und insgesamt eine nachlassende
44 Unterstützung im konservativen Lager für die EZ, begleitet von Kampagnen u.a.
45 von der AfD und in den sozialen Medien gegen die EZ, so z. B. die vielfach
46 strapazierte Kritik an deutscher Förderung von Radwegen in Peru, die Teil eines
47 sinnvollen Ausbaus des klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehrs ist: Der
48 Verkehrssektor ist Perus größte CO₂-Quelle, und von seiner Modernisierung
49 profitieren der globale Klimaschutz ebenso wie beteiligte deutsche Unternehmen.

50 Außerdem ist eine stärkere Orientierung an eigenen wirtschaftlichen Interessen
51 zu beobachten, z. B. im 11-Punkte-Plan von BMZ und BMW für eine größere
52 Beteiligung der deutschen Wirtschaft an den Projektvergaben in der finanziellen
53 Zusammenarbeit (FZ). Wenn BMZ und BMW die Wirtschaft stärker einbinden wollen,
54 ist es wichtig, dass am Ende nicht nur große Konzerne, sondern auch
55 mittelständische, kleine und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie
56 zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden werden und der Fokus auf
57 menschlicher und wirtschaftlicher Entwicklung in den Partnerländern liegt.
58 Darüber hinaus werden entwicklungspolitische Gelder zunehmend konditionalisiert
59 und an Migrationsabwehr gekoppelt. Von der feministischen Außen- und
60 Entwicklungspolitik der Ampelregierung bleiben dagegen nur einige feministische
61 Ansätze beim BMZ übrig. Einige der Ergebnisse des Reformprozesses des BMZ gehen
62 auch auf in Teilen ungerechtfertigte Kritik zurück. Das BMZ sollte auf falsche
63 Aussagen selbstbewusst reagieren und nicht vor diesen einknicken. Auch in der
64 Vergangenheit hat die Wirtschaft durch EZ profitiert.

65 Die Kürzungen der Mittel für EZ haben gravierende Folgen – nicht nur für die
66 Länder des Globalen Südens, sondern auch für Deutschland. Neben dem Mehrwert,
67 den internationale Kooperation für gegenseitiges Lernen, Wissen und Forschung
68 bringt, droht Deutschland mit sinkenden Mitteln für die EZ auch an
69 internationaler Bedeutung und Glaubwürdigkeit zu verlieren. Das ist nicht
70 zuletzt angesichts der geopolitischen Konkurrenz zu diktatorischen Ländern wie
71 Russland und China fatal, die daran arbeiten, ihren Einfluss im Globalen Süden
72 auszuweiten. Es ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch des
73 wohlverstandenen Eigeninteresses, die IZ mit den Ländern des Globalen Südens zu
74 stärken und die oft gegebene Zusage wieder einzuhalten, 0,7 % des
75 Bruttonationaleinkommens (BNE) für die IZ bereitzustellen.

76 Internationale Zusammenarbeit ist wichtig für 77 die Zukunft unseres Planeten und braucht eine 78 neue Art der Partnerschaft

79 Internationale Zusammenarbeit bedeutet, zusammen mit Partnern weltweit für
80 gerechte und starke Gesellschaften zu arbeiten. Sie hat enorme Fortschritte
81 ermöglicht: Die weltweite Kindersterblichkeit hat sich seit 2000 halbiert, die
82 durchschnittliche Lebenserwartung stieg in derselben Zeit von 66 auf über 73
83 Jahre, bessere Gesundheitsversorgung und gestiegener Zugang zu Bildung haben das
84 Leben von vielen Millionen Menschen verbessert. Die IZ hat international für den

85 Konsens zu nachhaltigen Entwicklungszielen mobilisiert und entsprechende globale
86 Kooperationen und Initiativen ermöglicht.

87 Eine partnerschaftliche IZ auf der Basis gemeinsamer Interessen und Ziele ist
88 dabei aus mehreren Gründen wichtig. Sie ist nicht nur Ausdruck der Solidarität
89 mit den Armen und Ärmsten im Globalen Süden und dient dazu, Hunger und Armut zu
90 bekämpfen und Gesundheits- und Bildungssysteme zu stärken, sondern sie soll auch
91 bei der gemeinsamen Lösung globaler Herausforderungen und Probleme wie der
92 weltweiten Umwelt- und Klimakrise unterstützen; dazu gehört auch der Schutz
93 globaler öffentlicher Güter wie z. B. des Regenwalds im Amazonasgebiet. Diese
94 Solidarität ist auch eine Frage historischer Verantwortung: Koloniale
95 Machtverhältnisse wirken bis heute in Ungleichheitsverhältnissen fort, und
96 ausgerechnet die Länder, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben,
97 leiden heute am stärksten unter ihren Folgen. Deshalb muss IZ dazu beitragen,
98 eine Welt zu schaffen, in der alle Menschen weltweit ein menschenwürdiges Leben
99 führen können und die planetaren Grenzen eingehalten werden, um der drohenden
100 Umwelt- und Klimakatastrophe zu begegnen. Um globale Herausforderungen und
101 Probleme zu bewältigen, braucht es neben starken bilateralen Partnerschaften
102 gleichzeitig auch multilaterale Kooperationen im Rahmen von UN-Organisationen,
103 Weltbank, EU und anderen internationalen Institutionen.

104 Eine zukunftsfähige internationale Zusammenarbeit muss deshalb auch
105 postkoloniale Kontinuitäten und die daraus entstandenen globalen Macht- und
106 Ungleichheitsverhältnisse kritisch reflektieren und überwinden. Wirtschaftliche
107 und politische Abhängigkeiten, ungleiche Zugänge zu Ressourcen, Wissen,
108 Technologie und Finanzierung sowie asymmetrische Entscheidungsstrukturen prägen
109 internationale Beziehungen bis heute. Eine neue Partnerschaft darf diese
110 Strukturen nicht reproduzieren, sondern muss zu ihrer Überwindung beitragen.
111 Dazu gehören insbesondere mehr Entscheidungsmacht und Ressourcen für
112 Akteur*innen des Globalen Südens, die Anerkennung unterschiedlicher
113 Wissenssysteme sowie eine gerechtere Gestaltung der internationalen Finanz-,
114 Handels- und Klimapolitik.

115 IZ ist darüber hinaus auch ein wichtiges Element von Soft Power im
116 geopolitischen und geoökonomischen Ringen mit autoritären und diktatorischen
117 Mächten wie Russland und China. IZ dient in diesem Kontext auch dazu, Sicherheit
118 und friedliche Konfliktbearbeitung zu unterstützen und Strategien zur Nutzung
119 von KI zum Wohle der Menschheit und Abwendung ihrer Gefahren zu entwickeln. In
120 Zeiten zunehmender Angriffe auf die regelbasierte internationale Ordnung ist die
121 IZ zudem ein zentrales Handlungsfeld zur Stärkung einer demokratischen,
122 unabhängigen Zivilgesellschaft weltweit: Schon heute leben 85% der
123 Weltbevölkerung in Ländern, in denen zivilgesellschaftliche Handlungsräume
124 eingeschränkt, unterdrückt oder ganz geschlossen sind (vgl. Atlas der
125 Zivilgesellschaft 2026) – dem entgegenzuwirken, muss eine zentrale Aufgabe der
126 IZ bleiben. Vor diesem geopolitischen Hintergrund ist eine starke Verankerung
127 der IZ in der EU und deren Strukturen und Werten unabdingbar.

128 Eine partnerschaftliche IZ muss das alte Geber-Nehmer-Denken der klassischen
129 Entwicklungszusammenarbeit überwinden und bestehende Machtasymmetrien kritisch
130 reflektieren und abbauen. Sie muss sich stattdessen auf gemeinsame Interessen
131 und Ziele, gegenseitiges Lernen und eine stärkere Entscheidungsmacht der
132 Partner*innen im Globalen Süden fokussieren. Über Schwerpunkte, Instrumente und
133 die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit muss gemeinsam entschieden werden.

134 Dazu gehört auch, Finanzierungs- und Entscheidungsstrukturen so
135 weiterzuentwickeln, dass lokale und zivilgesellschaftliche Akteur*innen im
136 Globalen Süden direkten Zugang zu Ressourcen erhalten und ihre Expertise und ihr
137 Wissen gleichberechtigt einbringen können. Alle beteiligten Staaten müssen
138 entsprechend ihren Möglichkeiten Verantwortung für die Umsetzung der
139 vereinbarten Programme und Maßnahmen übernehmen. Was die Länder des Globalen
140 Südens im Rahmen einer partnerschaftlichen IZ konkret beitragen können,
141 unterscheidet sich erheblich. Staaten wie Brasilien oder Indien verfügen über
142 ganz andere Möglichkeiten und Ressourcen als die armen und ärmsten Länder der
143 Welt (Least Developed Countries, LDCs).
144
145 Internationale Zusammenarbeit ist heute wichtiger denn je. Sie schließt u.a.
146 auch die gemeinsame Suche nach Lösungen für die Verschuldungskrise im Globalen
147 Süden und die Aushandlung und Umsetzung fairer Handelsabkommen mit den Ländern
148 des Globalen Südens ein.

149 Der Weg zur neuen IZ

150 Nachdem das BMZ im März 2023 seine Strategie „Feministische Entwicklungspolitik.
151 Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit“ vorgestellt hat, entwickelte
152 sich ein Momentum, feministische Entwicklungspolitik als politische
153 Handlungsmaxime in der deutschen IZ und im öffentlichen Diskurs zu etablieren.
154 Das Ampel-Aus sowie ein politischer wie gesellschaftlicher Backlash gefährden
155 seitdem die Einhaltung und Verteidigung einer menschenrechtszentrierten und
156 wertegeleiteten IZ. Frauen und marginalisierte Gruppen wie z.B. queere Menschen
157 sind davon besonders betroffen. Als Partei Bündnis 90/Die Grünen bekennen wir
158 uns explizit zur Einhaltung und Verteidigung von Menschenrechten und achten
159 dabei besonders auf den Schutz und die Verteidigung von Minderheiten. Dies
160 bedeutet auch das Eintreten für eine feministische IZ, konkret entlang der 3
161 "R": gleiche Rechte, gerechter Zugang zu Ressourcen und echte politische
162 Repräsentanz für Frauen weltweit. Frauen und ihre Organisationen sind dabei
163 nicht nur Zielgruppe, sondern zentrale Akteurinnen des Wandels: ihre politische
164 Teilhabe und starke Frauen- und andere Menschenrechtsorganisationen vor Ort
165 entscheiden über sind entscheidend für den Erfolg feministischer IZ.
166 Feministische IZ geht damit deutlich über reine Frauenförderung hinaus, denn sie
167 ist für alle Menschen da und setzt sich für gerechte und starke Gesellschaften
168 lokal wie global ein.

169 Der Weg aus der Krise zu einem neuen Verständnis der IZ als strategisch
170 relevanten Bereich von Regierungshandeln führt auch über den Umbau der
171 institutionellen Verankerung. Dafür braucht es ein BMZ, bei dem die
172 strategischen Kompetenzen und Kapazitäten der IZ gebündelt sind. Die Humanitäre
173 Hilfe gehört unbedingt mit dazu und sollte im BMZ verankert werden. Das fördert
174 die Integration in die IZ. Wir fordern, neben dem Budget für klassische
175 Entwicklungszusammenarbeit auch das Budget für Humanitäre Hilfe wieder deutlich
176 aufzustocken und stärker in Richtung des vorhandenen Bedarfs zu entwickeln – vor
177 allem angesichts der nachhaltigen Bedeutung der IZ für stabile
178 Lebensverhältnisse auf unserem gemeinsamen Planeten.

179 Der Konkurrenz um knappe Mittel und dem Klima des Misstrauens gegen die EZ muss
180 das BMZ mit einem selbstbewussten Ansatz begegnen, der gleichermaßen legitime

181 deutsche Interessen und die Interessen der Partnerländer berücksichtigt.
182 Erfolgreich kann nur sein, was die Partner auch wirklich selbst wollen. Dafür
183 muss sich das BMZ selbst viel stärker mit Institutionen der Partnerländer
184 verzahnen, um vor Ort gemeinsame Entscheidungen über Schwerpunkte und die Art
185 der Zusammenarbeit zu fällen. IZ muss sich in Zukunft stärker auf lokale
186 Expertise und Wissensbestände in den Partnerländern stützen. Das gilt für die
187 Planung ebenso wie für die Umsetzung vor Ort: Partner*innen sollten stärker
188 eingebunden werden, ganz nach dem Prinzip “Nothing about us without us”. Dabei
189 müssen auch unterschiedliche Wissenssysteme gleichberechtigt anerkannt werden.
190 Insbesondere das Wissen indigener und lokaler Gemeinschaften ist bei der
191 Gestaltung von Strategien für Klimaschutz, Biodiversität, Ernährungssicherung
192 und nachhaltige Entwicklung einzubeziehen.

193 Damit die IZ ihre öffentliche Unterstützung nicht verliert, muss sie nicht nur
194 neue Kommunikationsstrategien entwickeln, um den Mehrwert der IZ besser zu
195 erklären, sondern vor allem die Wirksamkeit der Maßnahmen in den Mittelpunkt
196 allen Handelns stellen. Weg von Lippenbekenntnissen und ganz nach dem
197 norwegischen Modell “Fakta har makta” (Fakten haben Macht) schaffen wir es so,
198 hin zu echter Veränderung! Das BMZ benötigt dazu Programmplanung und -steuerung,
199 die flexibler reagieren, evidenzbasiert sind und eine echte Lernkultur
200 etablieren. Das BMZ muss dabei der Versuchung widerstehen, Dinge schönzureden.
201 Zugleich muss es Desinformationskampagnen entschieden entgegentreten und die
202 öffentliche Debatte offensiv mitgestalten. Dazu braucht es
203 Kommunikationsstrategien, die überzeugend vermitteln, warum internationale
204 Zusammenarbeit im Interesse der Bürger*innen liegt. Erste Ansätze können sein,
205 deutsche Interessen im Hinblick auf globale Probleme herauszustellen (“globale
206 Probleme sind nur gemeinsam lösbar”), den Mehrwert internationaler
207 Zusammenarbeit für Deutschland zu betonen (“es nützt auch uns, wenn wir andere
208 unterstützen”) und Deutschlands Platz in der Welt zu unterstreichen (“wir
209 übernehmen Verantwortung in der Welt”). Um negativen Erzählungen über die IZ und
210 das dominante Narrativ des “Helfens anderswo” entgegenzutreten, plädieren wir
211 dafür, in ein neues und vertieftes öffentliches Verständnis von und für IZ zu
212 investieren.

213 Die staatliche deutsche IZ steht nicht allein da. Es gibt eine breite deutsche
214 Zivilgesellschaft, die sich engagiert. Dieses Engagement kann vom BMZ besser
215 genutzt werden, indem Förderansätze strategischer verzahnt werden. Die
216 Organisationen der Zivilgesellschaft sind die besten Multiplikatoren für die
217 Anliegen der IZ. Ihre Förderung ist wichtiger Bestandteil der bilateralen IZ-
218 Strategie.

219 Neben der bilateralen Zusammenarbeit spielt Deutschland eine wichtige Rolle in
220 der multilateralen Zusammenarbeit. Die eigene Sichtbarkeit ist dort geringer,
221 die Wirkungen sind aber oft umfassender und stärker, weil die Programme größer
222 dimensioniert sind und Ressourcen bündeln. Aufgabe des BMZ ist es unter anderem,
223 auf der multilateralen Ebene Gestaltungseinfluss zu gewinnen.

224 Unsere Vorschläge und Forderungen:

- 225 • Erhöhung der Mittel für die IZ: Rückkehr zur Einhaltung der 0,7%-ODA-Quote
226 (inkl. einer Quote von 0,15 % des Bruttonationaleinkommens für die Least
227 Developed Countries), dabei Erhöhung der Mittel sowohl für die klassische

EZ als auch für die humanitäre Hilfe, darüber hinaus auch mehr Mittel für IZ jenseits von ODA.

- Weiterentwicklung der Partnerschaften mit dem Globalen Süden: Gemeinsame Entscheidung über Schwerpunkte und Art der Zusammenarbeit, gemeinschaftliche Planung und gegenseitiges Lernen sowie stärkere Zielgruppenorientierung, stärkeres Einbinden der Interessen der Partner, mehr lokale Führungskräfte.
- Gerechte globale Finanz-, Handels- und Wissensordnung: Die internationale Zusammenarbeit muss zu einer gerechteren Gestaltung der globalen Finanz-, Handels- und Wissensordnung beitragen. Dazu gehören faire und transparente Verfahren zur Bewältigung von Überschuldung, mehr Mitsprache der Länder des Globalen Südens in internationalen Finanzinstitutionen, eine gerechtere Gestaltung internationaler Handelsbeziehungen sowie ein verbesserter Zugang zu Wissen und Technologien. Ziel muss es sein, wirtschaftliche Abhängigkeiten abzubauen und den Ländern des Globalen Südens größere Möglichkeiten für eigene Wertschöpfung und nachhaltige Entwicklung zu eröffnen.
- Erhöhung der Wirksamkeit: Bessere Nutzung der bestehenden Evidenz und Etablierung einer echten Lernkultur, übergeordnete Ziele benennen, flexible Programmplanung und -steuerung, mehr größere Programme statt vieler kleinteiliger Projekte.
- Verbesserung der Kommunikation in Deutschland: Mehr Mut und Selbstbewusstsein aufgrund von guter und strategisch wichtiger Arbeit, Erhöhung der Ressourcen des BMZ und anderer Ministerien für Kommunikation in Deutschland, um die Wichtigkeit der IZ gegenüber den Bürger*innen besser kommunizieren zu können.
- Stärkung der institutionellen Grundlagen: Ein eigenständiges, handlungsfähiges BMZ mit gebündelten strategischen Kompetenzen, inklusive Verankerung der Humanitären Hilfe und verstärkter Integration in europäische Strukturen.
- Stärkung des Multilateralismus und des UN-Systems: Deutschland muss sich für ein starkes, handlungsfähiges und demokratisch legitimierte multilaterales System einsetzen. Die Vereinten Nationen und ihre Institutionen müssen finanziell und politisch gestärkt und die Mitsprache und Repräsentation der Länder des Globalen Südens in internationalen Entscheidungsstrukturen verbessert werden. Globale Herausforderungen wie Armut, Klimakrise, Verschuldung, Frieden und Sicherheit können nur durch verbindliche multilaterale Zusammenarbeit bearbeitet werden.
- Verteidigung von Zivilgesellschaft und feministischer IZ: Schutz und Stärkung demokratischer, unabhängiger Zivilgesellschaft sowie von Menschenrechtsorganisationen als zentrale Partnerinnen, klares Bekenntnis zu feministischer IZ, insbesondere entlang der 3 R.

Einfache Sprache

271 Zusammen statt allein - Wir brauchen mehr 272 Zusammenarbeit zwischen den Ländern

273 Die Welt hat große Probleme

274 2015 haben fast alle Länder der Welt beschlossen: Wir wollen gemeinsam etwas
275 gegen Armut, Hunger und den Klimawandel tun. Dafür gibt es die Nachhaltigen
276 Entwicklungsziele (das sind Ziele für eine bessere Welt bis 2030) und das
277 Klimaabkommen von Paris (ein Vertrag, um das Klima zu schützen).

278 Aber jetzt gibt es viele neue Probleme:

279 Die Corona-Pandemie (die weltweite Krankheit)
280 Der Krieg in der Ukraine (Russland greift die Ukraine an)
281 Andere Kriege, zum Beispiel im Iran
282 Die Klimakrise (das Wetter verändert sich, es wird heißer, es gibt mehr Stürme)
283 Durch diese Probleme gibt es wieder mehr Armut und Hunger – besonders in ärmeren
284 Ländern. Auch bei uns in Deutschland merken wir: Das Leben wird schwieriger,
285 weil das Klima sich verändert.

286 Warum ist Zusammenarbeit wichtig?

287 Wenn Länder zusammenarbeiten, können sie viel erreichen. Zum Beispiel:
288 Weniger Kinder sterben.
289 Die Menschen werden älter.
290 Es gibt bessere Ärzte und Schulen.
291 Die Umwelt wird geschützt.
292 Jeder Euro, den wir in diese Zusammenarbeit stecken, hilft später, größere
293 Probleme zu vermeiden. Es ist wie eine Versicherung: Wenn wir jetzt helfen,
294 sparen wir später Geld und Leid.
295 Aber: Viele Länder geben weniger Geld für diese Zusammenarbeit aus. Zum
296 Beispiel:
297 Die USA haben ihre Hilfsorganisation USAID fast abgeschafft. Dadurch könnten bis
298 2030 14 Millionen Menschen mehr sterben.
299 Auch Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Japan geben weniger Geld.
300 Was passiert in Deutschland?
301 Deutschland hat versprochen: Wir geben 0,7 % von unserem Geld für die
302 Zusammenarbeit mit ärmeren Ländern aus. Das nennt man ODA-Quote.

303 Aber:

304 2023 waren es noch 0,82 %.

305 2026 sind es nur noch 0,52 %. Das ist 40 % weniger als 2022.

306 Die Regierung hat also weniger Geld für diese wichtige Arbeit gegeben – obwohl
307 Deutschland eigentlich genug Geld hat.

308 Gleichzeitig gibt es Kritik an der Zusammenarbeit. Einige Leute sagen: „Warum
309 geben wir Geld für Radwege in Peru aus?“ Aber:

310 In Peru fahren viele Autos, die viel schmutzige Luft machen.

311 Radwege helfen, das Klima zu schützen.

312 Auch deutsche Firmen profitieren davon.

313 Warum ist die Zusammenarbeit gut für uns?

314 Solidarität Wir helfen Menschen in Not – das ist fair. Viele arme Länder haben
315 am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, leiden aber am meisten darunter.

316 Sicherheit Wenn Länder stabil sind, gibt es weniger Kriege und Flucht.

317 Wirtschaft Wenn andere Länder stärker werden, können sie mehr mit uns handeln.
318 Das ist gut für deutsche Firmen.

319 Einfluss in der Welt Länder wie Russland und China wollen mehr Macht. Wenn wir
320 nicht helfen, verlieren wir Freunde und Einfluss.

321 Was muss sich ändern?

322 Die Zusammenarbeit muss fairer werden. Bisher bestimmen oft die reichen Länder,
323 was passiert. Das muss anders sein:

324 Die ärmeren Länder sollen mehr mitbestimmen.

325 Wir müssen zuhören, was die Menschen vor Ort brauchen.

326 Wir müssen lernen, dass es verschiedene Arten von Wissen gibt. Zum Beispiel:
327 Indigene Völker (Ureinwohner*innen) wissen oft am besten, wie man die Natur
328 schützt.

329 Unsere Forderungen

330 Wir von Bündnis 90/Die Grünen fordern:

331 Mehr Geld für die Zusammenarbeit:

332 Deutschland soll wieder 0,7 % seines Geldes dafür ausgeben.

333 Besonders arme Länder (die Least Developed Countries) brauchen mehr Hilfe.

334 Bessere Partnerschaften

335 Die ärmeren Länder sollen mitentscheiden, wie die Hilfe aussieht.

- 336 Es soll mehr lokale Expert*innen (Menschen aus dem Land) geben, die die Projekte
337 leiten.
- 338 Gerechtere Regeln für die Welt
- 339 Arme Länder sollen mehr mitreden können – zum Beispiel bei der Weltbank oder der
340 UNO.
- 341 Es soll faire Handelsabkommen geben.
- 342 Schulden von armen Ländern sollen erlassen werden.
- 343 Mehr Wirkung
- 344 Die Projekte sollen besser geplant werden.
- 345 Es soll weniger kleine Projekte geben, sondern mehr große, die wirklich etwas
346 verändern.
- 347 Bessere Information für die Menschen in Deutschland
- 348 Die Regierung soll erklären, warum die Zusammenarbeit wichtig ist.
- 349 Sie soll zeigen, dass sie auch Deutschland nützt.
- 350 Starkes Ministerium für Zusammenarbeit
- 351 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) soll mehr Macht
352 und Geld bekommen.
- 353 Die Humanitäre Hilfe (Hilfe in Katastrophen) soll auch zum BMZ gehören.
- 354 Schutz für die Zivilgesellschaft
- 355 Menschenrechtsorganisationen und Frauenrechte müssen gestärkt werden.
- 356 Die Zusammenarbeit soll feministisch sein: Das heißt, Frauen und benachteiligte
357 Gruppen sollen gleichberechtigt sein.
- 358 Zusammenfassung: Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern ist wichtig – für
359 Frieden, für das Klima und für eine gerechte Welt. Aber sie hat Probleme:
- 360 Es gibt weniger Geld.
- 361 Die reichen Länder bestimmen zu viel.
- 362 Viele Menschen verstehen nicht, warum sie wichtig ist.
- 363 Wir fordern: Mehr Geld, mehr Mitbestimmung für arme Länder, und bessere
364 Informationen für alle.